



Presseschau vom 13.03.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

Lug-info.com: Kriegsgefangene aus den ukrainischen Streitkräften, die sich in Lugansk befinden und die Kiew nicht in die Austauschlisten aufnimmt, haben sich heute mit ihren Verwandten getroffen, die auf Initiative und mit Unterstützung der Führung der Republik in die LVR gekommen sind. Dies berichtet ein Korrespondent von LIZ aus dem Gefängnis.

Zuvor hatte die Vertreterin der LVR in der Untergruppe zu humanitären Fragen der Kontaktgruppe Olga Kobzewa erklärt, dass die Ukraine fünf Soldaten der ukrainischen Streitkräfte nicht in die Austauschlisten aufnimmt, weil sie angeblich niemand sucht.

„Heute wurden Verwandten der Personen, die bei uns im Zusammenhang mit dem Konflikt festgehalten werden, die Möglichkeit gegeben sich mit ihnen persönlich zu unterhalten“, sagte Kobzewa, die die Verwandten der ukrainischen Soldaten auf dem Territorium der Republik begleitete.

Sie fügte hinzu, dass die Verwandten den gefangenen Kiewer Soldaten Lebensmittel und Kleidung übergeben konnten.

Kobzewa unterstrich, dass die Reise der Verwandten von der Führung der Republik initiiert wurde.

„Bis heute hat die Ukraine diese vier Menschen nicht anerkannt, ich hoffe, die Situation klärt sich und zwar im Interesse der Verwandten, die hierher gekommen sind“, sagte sie.

„Wir rechnen damit, dass die Vereinbarung, die mehrfach verschoben wurde, weil die Ukraine von Anfang an nicht an der Freilassung dieser Menschen interessiert war, jetzt umgesetzt wird im Rahmen eines Austausch „alle gegen alle“, was den Minsker Vereinbarungen entspricht, und dass der Austausch endlich stattfindet“, fügte sie hinzu. Die Verwandten der Soldaten dankten den Vertretern der LVR für die Möglichkeit eines Treffens und erklärten, dass sie bei Rückkehr in die Ukraine die Anstrengungen zur Beschleunigung des Austauschprozesses verstärken werden.

„Ich bin hierher gekommen, um zu sehen, wie es meinem Sohn geht, ob er lebt und gesund ist, Gott sei Dank, er lebt. Seine Gesundheit ist nicht gut, er hat Asthma, aber er befindet sich unter guten Bedingungen, es ist sauber, sie haben ihm Medikamente gekauft, wofür ich allen sehr dankbar bin“, sagte die Mutter des festgehaltenen Wladislaw Rodionow Ljudmila.

„Ich hoffe nur darauf, dass bald die Minsker Verhandlungen sein werden, von der Lugansker Seite nimmt Olga Anatoljewna Kobzewa teil, sie ist klug und tut sehr viel für die Freilassung unserer Kriegsgefangenen, besonders meines Sohnes. Vielen Dank an sie und die Verbeugung einer Mutter“, dankte sie.

„Morgen werden es genau 10 Monate sein, dass er in Gefangenschaft ist. Er hat ein kleines Kind, das fünf Jahre alt ist. Und ich werde natürlich alles in meinen Kräften Stehende tun, ich werde mich an unsere Regierung wenden, an unseren Präsidenten, an die Herren im Sicherheitsdienst der Ukraine, die sich mit der Befreiung von Kriegsgefangenen befassen, damit diese schneller nach Hause kommen“, fügte die Mutter hinzu.

„Ich bin sehr froh, dass ich ihn gesehen habe und den Verwandten weitergeben kann, dass er lebt, gesund ist, unter für diese Einrichtung normalen Bedingungen“, sagte die Frau des festgehaltenen Sergej Gladkow Natalja.

„Ich denke, wenn erst unsere Regierung sieht, dass wir sie besucht haben, sie persönlich gesehen haben, werden sie nicht zu uns sagen, dass sie dort nicht sind, dass wir uns etwas ausgedacht haben“, hofft die Frau des ukrainischen Soldaten.

„Wir werden alles zusammen Ergebnisse erreichen, positive Ergebnisse, und nicht so, wie man uns jetzt in der Ukraine herumschubst“, fügte sie hinzu.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Afghanistan bittet Russland um Wiederaufbau „sowjetischer Infrastruktur“

Afghanistan hat Russland vorgeschlagen, in den Wiederaufbau von 124 Objekten seiner nationalen Wirtschaft zu investieren. Dies schreibt am Montag die russische Zeitung „Iswestija“ unter Verweis auf die afghanische Botschaft in Moskau.

„Viele Objekte in Afghanistan wurden von sowjetischen Fachleuten errichtet und können von Russland wiederaufgebaut werden. Es sind über einhundert, genauer gesagt 124“, wird der Attaché für Handel und Wirtschaft der Afghanischen Botschaft in Moskau, Mohammad Kassem, von der Zeitung zitiert. „Ich nenne einige von ihnen: Den Tunnel ‚Salang‘, das Brotkombinat in Kabul, die polytechnische Universität, das Fahrzeugreparaturwerk ‚Dschangalak‘ und ebenso das Kraftwerk in der Stadt Puli-Khumri.“

Der Wiederaufbau der afghanischen Wirtschaft soll Kassem zufolge bei Verhandlungen mit der russischen Seite bereits zur Sprache gekommen sein.

Wie die Zeitung weiter berichtet, hat sich der Afghanische Botschafter in Moskau, Abdul Qayyum Kochai, zu diesem Thema schon mit Russlands Vize-Energieminister Juri Sentjurin getroffen. Dabei sei es vor allem um den Wiederaufbau ebensolcher Infrastrukturprojekte gegangen. Sentjurin habe dem Botschafter etwa 30 russische Firmen genannt, die schon

jetzt zu Investitionen bereit seien, hieß es.

Wie Kassem ergänzte, unterstützt Afghanistans Präsident Aschraf Ghani einen Ausbau der russischen Präsenz in der afghanischen Wirtschaft. Für diese Zwecke sei gar extra ein zusätzlicher Wirtschaftsrat gebildet worden.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **12 Mal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowka, Losowoje, Nishneje Losowoje, Logwinowo, Nikolajewka, die Umgebung des Denkmals des Fürsten Igor**. Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

De.sputniknews.com: Donezk-Chef macht aus Frontlinie „Staatsgrenze“ zur Ukraine
Der Chef der selbsterklärten Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, hat entlang der Frontlinie mit der Ukraine eine Staatsgrenze gezogen. Dies geht aus einem Bericht des Verteidigungsministeriums der Republik hervor.

„Bei der Überquerung der Grenzlinie müssen sich physische Personen verbindlich an den Grenzkontrollstellen registrieren lassen“, heißt es in dem entsprechenden Erlass.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31472/49/314724985.jpg>

Dan-news.info: „Zwischen 18:00 und 2:15 hat die ukrainische Seite 655 Panzergeschosse, Artilleriegeschosse der Kaliber 122 und 152mm und Mörsergeschosse der Kaliber 82 und 120mm abgeschossen“, teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach Angaben der Quelle wurden **Staromichajlowka und Alexandrowka im Westen von Donezk, Jelenowka, Krutaja Balka und Spartak bei Jasinowataja, Sajzewo in Gorlowka, Dokutschajewsk sowie die Dörfer Nabereshnoje, Oktjabrj, Sachanka, Kominternowo, Sosnowskoje, Nikolajewka** im Süden der Republik beschossen.

Neben schwerer Artillerie und Mörsern wurden bei den Beschüssen des Territoriums der DVR auch Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Ukrinform: Die Außenminister des Großherzogtums Luxemburg, Jean Asselborn, und der Ukraine, Pawlo Klimkin, reisen heute nach Mariupol (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Beide Politiker werden auch die Trennlinie besuchen und eine weitere Zusammenarbeit mit dem Leiter der Gebietsverwaltung Donezk Pawlo Schebriwskyi und Bürgermeister von Mariupol Wadym Boitschenko erörtern, meldet der Stadtrat von Mariupol auf seiner Webseite.

... Asselborn weilt am 13./14. März zu einem Arbeitsbesuch in der Ostukraine. Ziel des Besuchs ist die Vertiefung des politischen Dialogs zwischen den Ländern. Weitere Schwerpunktthemen sind die Lage in der Ostukraine im Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen und die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und EU.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_03/1489393881-4158.jpg

De.sputniknews.com: Assad beschuldigt EU der Terror-Verbreitung

Syriens Präsident Baschar Assad hat die europäische Politik in Syrien und im Nahen Osten für die Verbreitung des Terrorismus verantwortlich gemacht, wie die Nachrichtenagentur Sana am Montag meldet.

„Die falsche Politik vieler europäischen Länder gegenüber Syrien und dem Nahen Osten im Ganzen, beziehungsweise die Einführung von Wirtschaftssanktionen und die Unterstützung des Extremismus, hat zur Verbreitung des Terrorismus und Migrantenzustrom in diese Länder geführt“, sagte Assad beim Treffen mit einer Delegation des Europaparlaments in Damaskus.

Europa, das „ungerechte Sanktionen gegen Syrien verhängte, erntet nun die Früchte seiner Duldung des Terrorismus“, sagte er. Die häufigen Besuche europäischer Parlamentarier in Damaskus zeugen Assad zufolge von einem Aufwachen der Gesellschaften in den europäischen Ländern, die bislang von den Massenmedien irreführt worden seien.

Dan-news.info: Situation an der **Donezker Filterstation** (Wasserwerke) (Zusammenfassung

mehrerer Meldungen)

Offiziere des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung haben ein Regime der Ruhe zur Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromleitungen, die die Donezker Filterstation (Wasserwerke) versorgen, vereinbart. Dies teilte heute das operative Kommando der DVR mit.

Der Gesprächspartner der Agentur fügte hinzu, dass der Wiederaufbau für die erste Hälfte des 13. März geplant ist. „Offiziere des Gemeinsamen Zentrums, Zivilschutzkräfte und Reparaturarbeiter befinden sich schon in Jasinowataja, sie warten auf die OSZE-Patrouille, in deren Anwesenheit die Arbeiten erfolgen werden“, unterstrich der Vertreter des Kommandos.

Wir erinnern daran, dass am 11. März ukrainische Truppen Krutaja Balka in der Nähe von Jasinowataja beschossen haben, es wurden Stromleitungen beschädigt, die unter anderem die DFS versorgen. In der Folge wurde die DFS außer Betrieb genommen.

Eine halbe Stunde später meldet das operative Kommando, dass die Arbeiten begonnen haben.

„Gerade wurde bekannt, dass die Energietechniker mit den Reparaturarbeiten an der Stromleitung bei Jasinowataja begonnen haben. Die Arbeiten werden gemeinsam mit einer Gruppe des Zivilschutzes durchgeführt“, teilte das operative Kommando mit.

Die Arbeiten erfolgen in Anwesenheit der russischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung und von Beobachtern der OSZE-Mission.

„Heute werden wir die Station eindeutig nicht in Betrieb nehmen, die Beschädigungen an der Stromleitung sind nicht gering, jetzt arbeiten daran die Energietechniker. Morgen werden wir die DFS in Betrieb nehmen“, teilte das kommunale Unternehmen Woda Donbassa mit.

Der Vertreter des Unternehmens äußerte die Hoffnung, dass während der Inbetriebnahme der Filterstation zur Vermeidung von Zwischenfällen OSZE-Beobachter auf dem Territorium der DFS sein werden.

De.sputniknews.com: ESC-2017 in Kiew Zusammenfassung mehrerer Meldungen

Russland schickt Julia Samoilowa mit dem Lied „Flame Is Burning“ zum Eurovision Song Contest nach Kiew, wie der russische Fernsehsender „Perwyj kanal“ meldete. Die Sängerin sitzt seit ihrer Kindheit im Rollstuhl und ist nun überglücklich. Sie hofft, dass sie trotz einer kürzlichen Operation genug Kraft für einen guten Auftritt haben wird.

Die 28-Jährige wird das Land mit dem englischsprachigen Lied „Flame Is Burning“ (deutsch: „Flamme brennt“) vertreten. Autor ist Leonid Gutkin, der bereits mit den russischen Sängerinnen Polina Gagarina und Dina Garipova beim ESC gearbeitet hat.

„Das Lied gefällt mir. Es ist über mich. Alles, was ich immer in jedem Interview sage, alles, was ich an die Leute bringen möchte, beinhaltet das Lied“, so Samoilowa. „Wenn man im Herzen ein Licht hat, kann man selbst am dunkelsten Tag nicht nur sich, sondern seiner Umgebung den Weg leuchten.“

Sie sei überglücklich, am ESC teilnehmen zu dürfen, denn sie habe seit ihrer Kindheit davon geträumt, auf der Bühne zu stehen. Samoilowa ist ihren eigenen Angaben nach sehr abgehärtet gegen Stress, zurzeit aber besorgt, dass sie wegen ihrer neulich überstandenen OP schnell müde werden könne.

Seit ihrer Kindheit sitzt Samoilowa aufgrund einer Muskelatrophie im Rollstuhl. Sie ist den russischen Zuschauern durch ihre Teilnahme beim „Factor A“ (die russische Version von „The X Factor“) im Jahr 2013 bekannt, wo sie den zweiten Platz belegte. Ein Jahr später trat sie bei der Eröffnungszereemonie der Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi auf.

Die Halbfinale von Eurovision Song Contest in Kiew finden am 9. und 11. Mai statt. Nach den Ergebnissen der Auslosung wird Russland im zweiten Halbfinale auftreten. Das Finale soll am 13. Mai stattfinden.

Kiew nennt Teilnahme-Bedingungen für russische Sängerin Samoilowa

Anton Geraschtschenko, Abgeordneter des ukrainischen Parlaments, hat die Bedingungen gestellt, die die russische Sängerin Julia Samoilowa erfüllen muss, um beim diesjährigen

Eurovision Song Contest in Kiew auftreten zu dürfen. Dies berichten am Montag russische Medien.

„Wenn Julia Samoilowa die Annexion der Krim und die Aggression gegen die Ukraine öffentlich nicht unterstützt, sehe ich kein Problem. Wenn sie Künstlerin ist, freuen wir uns, wenn Vertreter des russischen Volkes auftreten werden“, so Geraschtschenko. Wenn die Sängerin beim Wettbewerb aber doch politische Aussagen machen sollte, werde man ihr die Einreise in die Ukraine verbieten, so der Abgeordnete weiter..

Kreml hält Politisierung von ESC für „absolut unannehmbar“

An der Auswahl der Vertreterin Russlands beim Eurovision Song Contest 2017, der in Kiew stattfinden wird, gibt es nichts Provokatives, wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Montag sagte. Moskau halte eine mögliche Politisierung des Eurovision Song Contest für absolut unzulässig.

„Der Wunsch, eine Politisierung des Eurovision Song Contest zu vermeiden, ist eindeutig. Wir halten dies vom Standpunkt der Entwicklungsperspektiven des internationalen Wettbewerbes aus für absolut unannehmbar“, so Peskow...



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31486/64/314866467.jpg>

Ukrinform: Die russische Vertreterin beim Eurovision Song Contest in Kiew, Yulia Samoylova, ist auf der Halbinsel Krim nach der Annexion durch Russland aufgetreten.

Das schrieb der Leiter des Projekts „Maidan für Auswärtige Angelegenheiten“, Andrij Klymenko, auf seiner Facebook-Seite. Samoylova sei am 27. Juni 2015 gemeinsam mit anderen Künstlern in Kertsch aufgetreten. „Solche Künstler lässt der Sicherheitsdienst der Ukraine SBU ins Land nicht“, so Klymenko.

Yulia Samoylova hatte zuvor den russischen ESC-Vorentscheid gewonnen. Sie schreibt ihre Lieder und Texte selbst. Samoylova ist körperlich behindert und sitzt seit ihrer Kindheit im Rollstuhl.

Ukrinform: Der Sicherheitsdienst der Ukraine wird die Frage prüfen und eine ausgewogene Entscheidung über die Einreise in die Ukraine der russischen ESC-Teilnehmerin Yulia Samoylova treffen.

Das teilte die Sprecherin von SBU Olena Hitljanska, auf ihrer Facebook-Seite mit. Damit reagierte sie auf zahlreiche Anfragen der Journalisten über die Einreise von Samoylova. Laut Hitljanska werde die Entscheidung des Sicherheitsdienstes auf ukrainischen Rechtsnormen und auf Interessen der nationalen Sicherheit basieren....

Dnr-online.ru: Die landwirtschaftlichen Betriebe und Bauern der DVR haben bis Anfang März dieses Jahres Vieh- und Geflügelfleisch in einem Umfang von 133% (4179 Tonnen Lebendgewicht) im Vergleich zum letzten Jahr umgesetzt, teilte der Pressedienst des Landwirtschaftsministeriums der DVR mit. Außerdem wurden 2.211 Tonnen Vollmilch gemolken (107% im Vergleich zum letzten Jahr), es wurden 36.182 Hühnereier erzeugt (104% im Vergleich zu den Kennziffern des Jahres 2016).

De.sputniknews.com: Russland übernimmt Streitkräfte Südossetiens
Südossetien überlässt einen Teil seiner Streitkräfte der russischen Armee. Die russische Regierung segnete am Montag den Entwurf eines entsprechenden Abkommens mit dem international nicht anerkannten Kaukasus-Staat ab.
Das Abkommen, welches vom russischen Verteidigungs- und Außenministerium gemeinsam mit den zuständigen südossetischen Behörden konzipiert wurde, ist am Montag auf dem offiziellen Informationsportal der russischen Regierung veröffentlicht worden.
Demnach sollen einzelne südossetische Einheiten in die russische Armee integriert werden. Nach russischem Recht bedarf das Abkommen noch der Zustimmung von Präsident Wladimir Putin.
Südossetien ist eine Gebirgsregion im südlichen Kaukasus und wird im Norden durch den Hauptkamm des Kaukasus von der russischen Teilrepublik Nordossetien getrennt.
Südossetien wird von den meisten Staaten als Teil Georgiens angesehen, ist jedoch bereits seit Anfang der 90ern de facto unabhängig.
Im August 2008 schickte Georgien Truppen nach Südossetien, um diese Region zurückzuerobern. Der Angriff, bei dem die südossetische Hauptstadt Zchinwal weitgehend zerstört (Fotos) und zahlreiche Zivilisten sowie russische Friedenssoldaten getötet wurden, konnte erst nach der Intervention russischer Truppen abgewehrt werden.
Nach dem Fünf-Tage-Krieg erkannte Russland Südossetien sowie den anderen De-facto-Staat in Georgien, Abchasien, als unabhängig an und richtete dort Militärstützpunkte ein. Südossetien erklärte seinerseits den Kurs auf Einbindung in die Russische Föderation. Für dieses Jahr ist ein Referendum über diese Frage geplant.

Dnr-online.ru: Trotz der nicht endenden provokativen Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte geht in den Schulen und Kindergärten des Jasinowataja-Bezirks der Unterricht in vollem Umfang weiter. Darüber und über den Wiederaufbau dieser Objekte berichtete in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR der Bürgermeister von Jasinowataja Oleg Morgun.

„Auf dem Territorium des Jasinowataja-Bezirks befinden sich 10 Kindergärten und 9 Schulen. Derzeit sind alle Schulen in Betrieb. Wir führen auch Unterrichtsstunden zu Sicherheitsmaßnahmen durch: wie verhält man sich, wenn man irgendein unbekanntes Objekt entdeckt usw. In allen Schulen gibt es Mahlzeiten. Beispielsweise wurde vor kurzem in der Schule im Ort Krasnyj Partisan eine Großküche eröffnet, es wurden Einrichtungen zur Reinigung von Wasser installiert, eine Wasserleitung gelegt. In dieser Schule wurden 2014 vier Decken vollständig zerstört, die Einwohner haben all dies mit eigenen Kräften wiederaufgebaut. Aber im Verlauf von drei Jahren wurde das Dach undicht, bis jetzt gibt es dort keine Fenster. Diese Schule wurde in die dritte Wiederaufbauetappe als soziales Objekt aufgenommen. Dies betrifft auch den Kindergarten, der nebenan liegt“, sagte er.

Lug-info.com: Der Stab zur Kontrolle des Übergangs der Unternehmen ukrainischer Jurisdiktion unter die äußere Leitung der LVR wird an der Absicherung der Funktion von

medizinischen Einrichtungen, Sportkomplexen, Erholungseinrichtungen und Sanatorien arbeiten, die zu diesen Unternehmen gehören. Dies teilte der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Wladimir Degtjarenko mit.

„Hauptaufgabe des Stabes ist die Festlegung eines Komplexes von Maßnahmen, die es erlauben Arbeitsplätze, Löhne und soziale Garantien der Werktätigen zu erhalten. Außerdem gehört zu den Aufgaben des Stabes die Absicherung der Arbeit von medizinischen Einrichtungen, Sportkomplexen, Erholungseinrichtungen und Sanatorien, die zu den genannten Unternehmen gehören“, sagte Degtjarenko.

De.sputniknews.com: Ukraine: Radikale sagen russischen Geldautomaten den Kampf an
In mehreren Städten in der Ukraine haben Mitglieder des ukrainischen Nationalisten-Bataillons „Asow“ und ihre Sympathisanten Geldautomaten russischer Tochterbanken beschädigt. Offenbar, um ihre Mitbürger daran zu hindern, „russisches“ Geld zu bekommen. Wie ukrainische Medien berichten, sind über Nacht mehrere Bankautomaten beschmiert, mit Aufklebern beklebt und die Kartenschlitze und Tastenfelder mit Bauschaum verstopft worden. Der „Flashmob“, der in den sozialen Netzwerken den Hashtag #RUSBANKOVER trägt, gehöre zu der „Blockade“, in deren Rahmen verschiedene ukrainische Nationalistengruppen seit einem Monat Filialen russischer Tochterbanken „belagern“, wie „Asow“ auf seiner Facebook-Seite mitteilt.

Die Nationalisten fordern den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko auf, die Chefin der Nationalbank der Ukraine, Valeria Gontarewa, zu verhaften und die Niederlassungen russischer Kreditanstalten zu schließen. Außerdem sollten ukrainische Bürger ihre Ersparnisse bei russischen Banken abheben.

Im Februar 2016 hatten Radikale im Andenken an die Ereignisse auf dem Maidan von 2014 eine Sberbank- und Alfa-Bank-Filiale in Kiew mit Steinen beworfen. In Lwiw versuchten sie, eine russische Bank-Filiale in Brand zu setzen.



[https:](https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31486/51/314865174.png)

[//cdnde1.img.sputniknews.com/images/31486/51/314865174.png](https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31486/51/314865174.png)

Nachmittags:

Dan-news.info: „Für die kommunalen Dienste war es selbst in Friedenszeiten nicht immer einfach zu arbeiten, und jetzt hat sich der Umfang um ein Vielfaches erhöht. Die Menschen riskieren ihr Leben und ihre Gesundheit, aber sie erfüllen ihre Pflicht. Bei uns wurden während der Kämpfe 12 Menschen am Arbeitsplatz getötet, 20 verletzt“, sagte der stellvertretende Minister für Wohnungsbau und Kommunalwirtschaft Witalij Kishajew. Er merkte an, dass die kommunalen Beschäftigten unter lebensgefährlichen Bedingungen arbeiten. Er nannte als Beispiel die Donezker Filterstation, die an der Frontlinie bei Jasinowataja liegt. Dieses Gebiet ist in der letzten Zeit einer der heißesten Punkte des Krieges im Donbass.

„In der Filterstation arbeiten in einer Schicht etwa 40 Menschen. Den halben Tag am Arbeitsplatz, den halben Tag im Schutzraum. Und der Arbeitsprozess darf nicht gestoppt werden, weil von ihnen die Wasserlieferungen nach Donezk und in die umliegenden Bezirke abhängen“, unterstrich Kishajew.

Der stellvertretende Minister fügte hinzu, dass beschlossen wurde, das Andenken der getöteten Arbeiter der kommunalen Dienste zu verewigen. In diesem Zusammenhang wird im Vorfeld ihres Berufsfeiertags eine Gedenktafel eingeweiht.

De.sputniknews.com: Lettland: SS-Veteranenmarsch in Riga verdreifacht seine Popularität
Am 16. März werden beim Marsch der einstigen SS-Legionäre in Riga drei Mal mehr Teilnehmer als früher erwartet, schreibt die Zeitung "Iswestija" am Montag.

Voraussichtlich werden sich vor dem Freiheitsdenkmal in der Hauptstadt mehr als 3000 Ultranationalisten versammeln. Diese Zahl ist zwar relativ gering, aber wenn man bedenkt, dass in Riga insgesamt weniger als 700 000 Menschen leben, ist das ein beunruhigendes Zeichen.

Die antirussische Rhetorik und die nazistische Ideologie erleben in Lettland einen Aufschwung. Während 2016 dem Rigaer Bürgermeister Nil Uschakow zufolge weniger als 900 Menschen zum Marsch der SS-Legionäre gekommen waren, wird diese Zahl in diesem Jahr voraussichtlich 3000 übertreffen. Das teilte ein Sprecher des Verbandes der russischen Gemeinden Lettlands mit. Auch das Lettische antifaschistische Komitee führte ähnliche Zahlen an.

„Die Situation wird derzeit nur noch schlimmer, und immer mehr Einwohner befürworten solche Veranstaltungen“, sagte der Koordinator des Verbandes russischer Gemeinden, Alexander Gaponenko. „Erstens findet der Marsch vor dem Hintergrund der allgemeinen antirussischen Hysterie im Westen statt. Zweitens versucht die lettische Führung, Moskau als Feind darzustellen und ihm alle Probleme vorzuwerfen, um an der Macht zu bleiben – trotz der kolossalen Anspannung der wirtschaftlichen und sozialen Situation im Land.“
Veranstaltungen der Nationalisten finden in Lettland nicht zum ersten Mal statt. Die Behörden fördern die nationalistischen Stimmungen und verbieten solche Märsche nicht. Zudem genießen ihre Organisatoren die Unterstützung der an der Regierungskoalition beteiligten Partei „Nationale Vereinigung“, die im Dezember 2016 beispielsweise mit der Initiative auftrat, die Verwendung der russischen Sprache in den Massenmedien zu beeinträchtigen und die russischsprachigen Einwohner aus dem Land zu vertreiben, „die sich Lettland als Nationalstaat nicht gefallen lassen“.

„Initiativen der Gesetzgeber sind im Grunde sinnlos, weil die Regierung des Landes diese Demonstrationen patroniert“, sagte Janis Urbanovitsch, Mitglied der Parteivereinigung „Bewilligungszentrum“, die die Interessen der ethnischen Russen verteidigt. „Darüber hinaus sehen Lettlands Partner aus der Nato und der EU offenbar keine Gefahr der Wiederbelebung des Nazismus. Im Gegenteil, solche Aktionen gelten als Äußerung der Meinungsfreiheit. Unter diesen Umständen ist die politische Minderheit nicht in der Lage, solche Märsche zu verhindern.“

Gerade die Weltgemeinschaft sollte die lettischen Behörden beeinflussen, zeigte sich der Co-Vorsitzende des Lettischen Antifaschistischen Komitees, Josif Koren, überzeugt. „1998

wurde in Lettland am 16. März zum ersten Mal der Tag des Legionärs begangen. Aber einige Jahre später wurde dieser Feiertag unter Druck verschiedener Länder aufgehoben. Deshalb musste die Weltgemeinschaft auch diesmal eine klare Position zu solchen Veranstaltungen äußern.“



<https://cdnde2.im>

g.sputniknews.com/images/30847/15/308471577.jpg

Dnr-online.ru: Die Registrierung von Patienten, die in von der Ukraine kontrollierten Bezirken des Donbass leben und medizinische Behandlungen im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass erhalten wollen, beginnt am 15. März. Dies teilte heute der Gesundheitsminister der DVR Alexandr Oprischtschenko in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR mit.

„Gemäß dem Erlass des Oberhauptes der DVR beginnen wir mit der Realisierung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass. Vom Gesundheitsministerium wurde eine umfangreiche Arbeit zur Schaffung einer normativ-rechtlichen Basis und der Bedingungen für die Durchführung dieses Projekts geleistet. Bereits ab dem 15. März planen wir mit der Registrierung der Patienten zu beginnen, die Hilfe im Rahmen dieses Programms erhalten wollen“, teilte der Minister mit. Alle notwendigen Informationen werden auf der Seite des Gesundheitsministeriums veröffentlicht.

Besondere Aufmerksamkeit widmete Alexandr Oprischtschenko der Liste medizinischer Dienste, die im Rahmen des humanitären Programms geleistet werden. „Im vollen Umfang wird die Realisierung des Programms in den festgelegten Bereichen am 1. April beginnen. Die medizinischen Einrichtungen, in denen Behandlungen stattfinden, sind bereits festgelegt. (Es folgte eine Liste von verschiedenen Einrichtungen und deren Fachrichtungen).

De.sputniknews.com: Neues Machtwechsel-Szenario für Kiew? Timoschenko flog heimlich nach Washington

Die ukrainische Politikerin Julia Timoschenko soll schon zum zweiten Mal seit dem Amtsantritt des US-Präsidenten Donald Trump Washington besucht haben, wie die russische Zeitung "Nesawissimaja Gaseta" am Montag schreibt.

Zum ersten Mal hatte Timoschenko Ende Januar Washington besucht und dort fünf Tage verbracht. Als dies US-Medien erfuhren, hängten sie es an die große Glocke, wonach dies auch offiziell bestätigt wurde.

„Von Timoschenkos USA-Reise im Januar wurde so viel gesprochen, weil ihre Partei Batkiwtschyna daran interessiert war. Es war nun einmal wichtig für sie, dass sich Timoschenko mit Trump noch früher als Poroschenko getroffen hat“, sagte der Leiter des Instituts für ukrainische Politik, Konstantin Bondarenko. „Diese Nachricht war vor allem für

das ukrainische Publikum bestimmt.“ Laut Umfragen liegen die Popularitätswerte Timoschenkos um drei bis fünf Prozent höher als die des Präsidenten Petro Poroschenko. Laut Quellen war Timoschenkos Gespräch mit Trump „kurz, aber inhaltsreich“. Daran sollen auch mehrere Vertreter der neuen US-Administration teilgenommen haben, darunter Vizepräsident Michael Pence.

Damals wurde auch die Vereinbarung zum zweiten Treffen getroffen. Bekannt wurde dies aber eher zufällig: Die ukrainische Zeitschrift „Obosrewatel“ schrieb, dass die US-Botschafterin in der Ukraine, Marie Yovanovitch, am 1. März das Batkiwtschschina-Büro besucht haben soll. Als Beweis wurde ein entsprechendes Video veröffentlicht. Später bestätigte Timoschenkos Umfeld diese Information. Der frühere Vizepremier Grigori Nemyrja sagte: „Es fand ein Meinungs austausch über die Situation in der Ukraine statt. Timoschenko schilderte ihre Stellung zur Eskalation der russischen Aggression und bestand auf der Position, die sie noch während ihres Besuchs in den USA verteidigt hatte: Die Russland-Sanktionen sollten in Kraft bleiben, während die Ukraine mit ‚tödlichen‘ Waffen versorgt werden sollte.“

Einen Tag später teilte der Politologe Pawel Nuss in einem sozialen Netzwerk mit, Timoschenko sei in die USA gereist. Er vermutete, dass sie in Washington den sogenannten „Plan Artjomenko“ besprechen könnte.

Mitte Februar hatte Andrej Artjomenko, Abgeordneter der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), Vertretern der US-Administration einen Regelungsplan überreicht, der unter anderem die Verpachtung der Krim an Russland für mehrere Jahrzehnte und einige Kompromisse bezüglich der Donbass-Region vorsah.

In Kiew wurde Artjomenko als Verräter abgestempelt und die Radikalen-Partei schloss ihn aus ihren Reihen aus. Einige Experten vermuteten, er könnte seinen Plan gemeinsam mit Batkiwtschschina-Vertretern entwickelt und mit den Russen abgesprochen haben. Allerdings erklärte man in Moskau daraufhin, es würde die Zugehörigkeit der Krim unter keinen Umständen diskutieren. Auch Timoschenkos Umfeld dementierte die Behauptungen von der Kooperation mit Artjomenko.

Die von der "Nesawissimaja Gaseta" befragten Experten halten die Vermutungen, Timoschenko und Artjomenko könnten mit Russland zusammenwirken und einen Machtwechsel in Kiew anstreben, für unbegründet. Vor allem ist ein Machtwechsel ohne die Zustimmung des Präsidenten unmöglich, denn die neuen Machthaber haben bisher kein Gesetz zur Amtsenthebung des Staatsoberhauptes verabschiedet. Und ohne ein solches Gesetz ist eine vorverlegte Präsidentschaftswahl unvorstellbar. Was eine vorzeitige Parlamentswahl angeht, so haben weder Batkiwtschschina noch der Oppositionsblock kein Interesse auf der Auflösung der aktuellen Werchowna Rada.

Dan-news.info: Die Mitarbeiter des staatlichen Unternehmens „Komtel“ haben die Festnetzanschlüsse von mehr als 180.000 Kunden des ehemaligen ukrainischen Unternehmens „Ukrtelekom“ in der DVR wieder hergestellt. Dies teilte heute der Direktor des republikanischen Unternehmens Dmitrij Kostjuschenko mit.

„Der Stand am 13. März ist so, dass eine stabile Funktion von mehr als 180.000 Festnetzanschlüssen gesichert ist, mit der Möglichkeit, Anrufe auf dem Territorium der Republik durchzuführen. Diese Arbeit ist zu 100% erledigt“, sagte Kostjutschenko. Der Kommunikationsminister der DVR Wiktor Jazenko merkte an, dass zurzeit Festnetzanrufe nach Russland für die Einwohner der Republik noch nicht zugänglich sind, das Internet funktioniert bei weniger als einem Drittel der ehemaligen Kunden von „Ukrtelekom“.

De.sputniknews.com: Die Delegation der bewaffneten Opposition wird laut ihrem Sprecher Osama Abu Zaid nicht an den neuen Syrien-Verhandlungen in Astana teilnehmen.

„Unsere Erklärung gestern war sehr deutlich: Die bewaffneten Gruppierungen wollen sich an

'Astana-3' nicht beteiligen, weil die Versprechen über die Waffenruhe derzeit noch nicht eingehalten werden", wird Zaid von der Agentur RIA Novosti zitiert. Die dritte Verhandlungsrunde findet am 14. und 15. März in Astana statt. Zuvor hatte man in Kasachstans Außenministerium erklärt, dass Russland an den Verhandlungen zu Syrien in Astana teilnehmen werde. Auch der UN-Sondergesandte zu Syrien Staffan de Mistura und US-Vertreter kämen als Beobachter zu dem Treffen zu Syrien in der kasachischen Hauptstadt. Russland, der Iran und die Türkei sind die Initiatoren der Treffen in Astana und Garanten der seit Ende Dezember geltenden Waffenruhe zwischen der Regierungsarmee und der bewaffneten Opposition in Syrien. Man wolle durch konkrete Maßnahmen und Einfluss auf die Konfliktparteien versuchen, die Feuerpause zu stärken, die Gewalt zu vermindern und einen ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu schaffen.

Dan-news.info: Die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem in Kominternowo im Süden der DVR sind abgeschlossen, teilte der staatliche Konzern Donbassgas mit. Der gesamte notwendige Komplex von Arbeiten in Kominternowo wurde bis Mittag durchgeführt und alle 111 Verbraucher des privaten Sektors haben wieder Gas. Die Arbeiten sind unter Anwesenheit von OSZE-Beobachtern durchgeführt worden. Die Gasversorgung des privaten Sektors in Kominternowo war gestern tagsüber in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte unterbrochen worden.

De.sputniknews.com: Russland wird die Vernichtung seiner chemischen Waffen höchstwahrscheinlich vorfristig abschließen, wie Michail Babitsch, Chef der russischen Staatskommission für chemische Abrüstung, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin berichtete. Demnach soll dieses Ziel noch im laufenden Jahr erreicht werden. „Unsere internationalen Verpflichtungen verpflichten uns dazu, diese Arbeit bis zum 31. Dezember 2018 abzuschließen. Doch wenn wir mit dem gleichen Tempo wie jetzt arbeiten werden, wenn es zu keinen technologischen Verschiebungen kommt, dann werden wir diese Arbeit sowohl finanziell als auch technologisch und personell bereits im laufenden Jahr beenden können“, so Babitsch. Seit dem Beitritt zur Internationalen Chemiewaffenkonvention im Jahr 1997 hat Russland bis Ende 2015 bereits 91,2 Prozent der russischen C-Waffen entsorgt. Mit der Ratifizierung der Chemiewaffenkonvention hatte Russland die Verpflichtung übernommen, bis Ende 2018 seine gesamten Bestände an chemischen Waffen (knapp 40.000 Tonnen) loszuwerden.

Armiyadnr.su Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin
Die Lage in der Donezker Volksrepublik **bleibt angespannt**. Der Gegner beschießt weiterhin die Gebiete von Ortschaften der Republik: **Sajzewo, Gorlowka, Jasinowataja, Spartak, Krutaja Balka, Styla, Luganskoje, Dokutschajewsk, Jasnoje, Jelenowka, Oserjanowka, Sachanka, Besymennoje, Oktjabrj, Kominternowo, Staromichajlowka, das Gebiet des Flughafens und den Petrowskij-Bezirk von Donezk**. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **81 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt. Die Zahl der Geschosse, die von den ukrainischen Streitkräften mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf das Territorium der Republik abgeschossen wurden, betrug: schwere Artillerie – 83 Mal (davon 49 Geschosse es Kalibers 152mm), Panzer – 33 Mal, Mörser verschiedenen Kalibers – 627 Mal (davon 549 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm), Schützenpanzer und Schützenpanzerwagen – 106 Mal, außerdem wurden 1008 Mal Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Heute begannen die Reparaturarbeiten an den Stromleitungen im Gebiet von Krutaja Balka, die in der Folge eines Mörserbeschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschädigt worden waren. Am Ort der Arbeiten sind Vertreter der OSZE-Mission und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination anwesend. Außerdem haben technische Arbeiten zur Entminung des Territoriums bei den beschädigten Stromleitungen begonnen.

Nach Angaben unserer Aufklärung gruppiert der Gegner weiter schwere Artillerie an der Kontaktlinie um:

- im Gebiet von Pobeda, 6 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung von drei Artilleriegeschützen „Gwosdika“ aus dem Bestand der 92. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt;
- im Gebiet von Nowomichajlowka, 6 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung eines Artilleriegeschützes festgestellt, das zuvor den Petrowskij-Bezirk von Donezk beschossen hat;
- im Gebiet von Primorskoje, 7 km von der Kontaktlinie, wurden zwei Mehrfachraketenwerfer „Grad“ aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade entdeckt;
- im Gebiet von Tschornenko, 8 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung eines Zugs Artilleriegeschütze entdeckt.

Außerdem wurde die Ankunft von acht Panzern aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Nikolajewka, 8 km von der Kontaktlinie, entdeckt.

Es ist eine Verstärkung der Konfrontation zwischen den ukrainischen Streitkräften und Radikalen, die die Wirtschaftsblockade durchführen, zu bemerken. Ursache der entstandenen Situation ist die inoffizielle Anweisung der ukrainischen Führung, die Blockade im Zusammenhang mit den viele Milliarden betragenden Verlusten der Ukraine und der Sperrung zusätzlicher Einnahmequellen für ukrainische Beamte durch die Blockierer abubrechen.

Diese Konfrontation ist bereits zu offenen militärischen Auseinandersetzungen übergegangen, in deren Folge es Verluste auf beiden Seiten gibt. Nach unseren Informationen wurde wegen der Überfüllung der medizinischen Einrichtungen in der frontnahen Zone begonnen, Verletzte in Krankenhäuser von Dnjepropetrowsk, Kiew und Odessa zu bringen.

Außerdem sind in den letzten Tagen in der Folge der Verminung der Anfahrten zu ihren Checkpoints durch die Radikalen einige Militärlastwagen, die Personal der ukrainischen Streitkräfte beförderten, auf Minen geraten. Der letzte Fall erfolgte gestern in Richtung Mariupol, wo ein Fahrzeug vom Typ „Ural“ auf eine solche Mine in der Nähe eines Checkpoints der Blockierer geriet. In der Folge starben zwei Soldaten, neun wurden verletzt. Dieser und andere Fälle werden wie zuvor von der militärischen Führung der Ukraine vor der Öffentlichkeit verheimlicht.

Nach Informationen aus dem Verteidigungsministerium der Ukraine betragen die Verluste der ukrainischen Streitkräfte im Zeitraum vom 1. bis 12 März acht Tote und 87 Verletzte.

Nach Informationen aus ukrainischen Massenmedien und sozialen Netzen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte betragen die Verluste im gleichen Zeitraum mindestens 27 Tote und 96 Verletzte.

Auf diese Weise führt die ukrainische militärisch-politische Führung die Desinformation der Öffentlichkeit fort und gibt den Streitkräften der DVR die Schuld an den Verlusten von Menschen anstatt deren wirklichen Ursachen zu nennen. Die politische Umverteilung der Macht und innere Konflikte zwischen den ukrainischen Streitkräften und nationalistischen Einheiten haben zu einer neuen Runde eines versteckten Bürgerkriegs in der Ukraine geführt.

Unsere Einheiten nehmen weiter an Maßnahmen zur militärischen Ausbildung teil, um ihre militärischen Kenntnisse zu erhöhen. Und sie halten auch genau die Minsker Vereinbarungen ein, um Bedingungen für eine friedliche Lösung der existierenden Konflikte zu schaffen.

Sprengstoff versorgt“

Militärausbilder aus den Vereinigten Staaten sollen ukrainische Soldaten mit Sprengstoff versorgt und diesen Sabotage-Methoden beigebracht haben, wie einer der in der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk (LVR) festgenommenen Aufklärer in einem Verhör einräumte.

Zuerst seien in die Ukraine rund 20 Militärausbilder aus den USA gekommen, teilte Sergej Iwantschuk, festgenommener ukrainischer Aufklärer, während des Verhörs, das am heutigen Montag publik gemacht wurde, mit.

„Jetzt sind es etwa sieben – alle sind Militärangehörige der US-Armee. Sie brachten (uns, den ukrainischen Soldaten – Anm. d. Red.) das Schießen, Stürmen, Verminen und Sprengen sowie Taktik bei. Sie bereiteten eine Gruppe für Aufklärungs- und Sabotagezwecke vor“, so Iwantschuk.

Ein besonderes Augenmerk hätten die US-Amerikaner auf die Ausbildung von Sabotagegruppen gelegt und sogar spezielle Metallkonstruktionen und Türen gekauft, um diese dann bei Übungen explodieren zu lassen. „Im Lagerraum gab es einen Ponton, in dem der Sprengstoff C4 aufbewahrt wurde.“

Zuvor sind in Lugansk mehrere ukrainische Soldaten festgenommen worden, die offenbar zu Aufklärungszwecken von Kiew in die selbsterklärte Volksrepublik entsendet wurden und der Beteiligung am Mord an dem örtlichen Polizeichef Oleg Anaschtschenko am 4. Februar 2017 beschuldigt werden. Kurze Zeit später hatte Kiew seine Aufklärer gestanden und erklärt, dass diese dort „Aufgaben“ im Rahmen der „Anti-Terror-Operation“ erfüllt hätten...

Ukrinform: Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat zwei Aktivisten der Menschenrechtsorganisation "Crimean Human Rights Group" an der administrativen Grenze zwischen dem Oblast Cherson und der Krim festgenommen.

Die Menschenrechtlerin Olexandra Dworezka teilte auf Facebook mit, dass Olha Skrypnyk und Wolodymyr Tschekrygin in einer Pufferzone an der Grenze festgenommen wurden. Sie hätten sich am Kontrollpunkt „Kalantschak“ auf einer Beobachtungsmission befunden.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz **bleibt angespannt**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **12 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt.

Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte Mörser des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzer, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 163 Geschosse abgeschossen.

Die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Logwinowo, Nishneje Losowoja, Losowoje, Kalinowka, Nikolajewka und im Gebiet des Denkmals des Fürsten Igor** wurden beschossen.

Die Volksmiliz der LVR hält wie zuvor streng die Minsker Vereinbarungen ein, erwidert Provokationen der ukrainischen Truppen nicht. Wir rechnen wie zuvor mit einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass, aber wie sagt das Sprichwort? „Wenn Du Frieden willst, bereite den Krieg vor“.

Daher geht in den Einheiten der Volksmiliz die militärische Ausbildung wie geplant weiter, in deren Verlauf die Soldaten in maximal den Kampfbedingungen angeglichenen Bedingungen ihre Kenntnisse auf den Übungsplätzen vervollkommen. Außerdem wird dem Studium moderner Techniken der Luftabwehr und der Artilleriesysteme große Aufmerksamkeit gewidmet.

Von technischen Einheiten der Volksmiliz werden Maßnahmen der Säuberung von Örtlichkeiten von nicht detonierten Geschossen durchgeführt, unter anderem in der Nähe der Straßen, die zu Passierpunkten zum von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium führen.

Die verbrecherische ukrainische Militärführung hat nicht vor, die Vereinbarungen über eine Feueereinstellung einzuhalten und unternimmt alles für eine weitere Eskalation des Konflikts im Südosten der Ukraine.

Die ukrainischen Truppen haben die Aufklärung an der Kontaktlinie im Donbass verstärkt, u. a. unter Nutzung von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Drohnen.

Besonders aktiv nutzen Soldaten der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Drohnen, um die vordersten Positionen der Volksmiliz und Bewegungen von Kräften und Mitteln auf dem Territorium der Republik zu erkunden.

De.sputniknews.com: Timoschenko ist sich sicher: Neue US-Führung wird Kiew stärker unterstützen

Die ehemalige ukrainische Premierministerin und Chefin der Partei Batkiwtschyna, Julia Timoschenko, ist sich einer starken Unterstützung für die Ukraine seitens der neuen US-Regierung sicher.

„Um zu wissen, wohin wir geführt werden und wohin wir uns bewegen, wollte ich mitteilen, dass ich eine Woche lang auf Dienstreise in den USA war“, zitiert der Fernsehsender „112 Ukraina“ Timoschenko. Bei ihrem Besuch in Amerika seien viele Themen besprochen worden.

„Unter anderem kann ich mit Sicherheit sagen, dass die neue US-Regierung die Ukraine ganz deutlich unterstützt. Und diese Unterstützung wird noch stärker sein, als früher“, versicherte die Politikerin.

Anfang Februar hatte das Weiße Haus Informationen dementiert, laut denen US-Präsident Donald Trump Timoschenko Unterstützung für Kiew und die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland versprochen haben soll.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30883/61/308836122.jpg>

Dnr-online.ru: Im Zusammenhang mit dem frühen Ostertermin, am 16. April, müssen die Städte und Bezirke Maßnahmen zur operativen Schaffung von Ordnung auf ihren Territorien unternehmen, teilte das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR mit. Daher sind zwei gesamtrepublikanische Subbotniks, am 25. März und am 8. April vorgesehen.

„Es ist eine Tradition unseres Volkes, die warmen Frühlingstage der Schaffung von Ordnung im Haus und auf den Gebieten, wo wir wohnen, zu widmen. Seit der Gründung der Republik initiieren wir jährlich mit Unterstützung des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko die Durchführung eines Zweimonatszeitraums, um die Ortschaften in Ordnung zu bringen. Auch dieser Frühling ist keine Ausnahme“, teilte der Bauminister Sergej Naumez mit.

In diesen zwei Monaten ist geplant, 55 Mio. Quadratmeter Straßen, Bürgersteige und Gelände um die Häuser von Müll zu befreien, 9 Mio. Quadratmeter Parks und Plätze zu reinigen, zehntausende Bäume, Sträucher und Blumen zu pflanzen.

Es wollen 355 nicht genehmigte und unkontrollierte Müllhalden beseitigt werden, 24.000 Kubikmeter Müll soll beseitigt werden.

Es werden 1207 Kinderspielplätze und 304 Sportplätze, 803 Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Ordnung gebracht und verschönert.

Auf dem Territorium der DVR sind 376 Grabmäler und 359 Friedhöfe sowie 352 Denkmäler. Traditionsgemäß werden sie im Vorfeld von Gedenktagen alle in einen guten Zustand versetzt.

Seit der Gründung der DVR nehmen alle Ortschaften aktiv an den zwei Monaten zur Verschönerung des Territoriums teil.

De.sputniknews.com: Am 25. März findet in Minsk eine vieltausendköpfige Protestaktion statt, die sich gar in eine unbefristete entwickeln kann, wie der weißrussische Oppositionsführer Nikolai Statkewitsch am Montag bekannt gab.

„Das Datum der Hauptversammlung in der Hauptstadt steht fest – 25. März. Es ist wichtig, dass möglichst viele Menschen aus dem ganzen Land nach Minsk kommen“, schrieb Statkewitsch auf seiner offiziellen Seite. „Wenn die Menschen bereit dazu sind, werden wir zu einer unbefristeten Aktion übergehen“.

Sollte eine Massenprotestaktion in Minsk stattfinden, zeigt sich der Politiker sicher, würden auch viele Bürger am nächsten Tag an den Aktionen in anderen Städten des Landes teilnehmen. „Die Regierung will den Protest nach Zeit und Ort verteilen. Ich wende mich an alle Organisatoren der Aktionen in den Regionen. Lassen Sie es dem Regime nicht zu, Sie für die Zersplitterung unserer Kräfte auszunutzen!“, so der Oppositionsführer weiter. „Wenn Sie tatsächlich Veränderungen anstreben (...), dann lassen Sie uns nach einem gemeinsamen Plan vorgehen“.

Am 9. März hatte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko erklärt, dass die Regierung nicht gegen Demonstrationen und Protestaktionen auftrete. Für Massenproteste müsse jedoch ein bestimmter Ort festgelegt werden. Am gleichen Tag verordnete Lukaschenko, im laufenden Jahr keine sogenannte „Schmarotzer-Steuer“ von Bürgern, die über kein geregeltes Einkommen verfügen, einzuziehen.

2015 hatte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko das entsprechende Dekret „Über die Vorbeugung des Sozialschmarotzertums“ unterzeichnet. Diesem Dekret zufolge müssen Weißrussen, die über kein geregeltes Einkommen verfügen, dem Staat eine Steuer von umgerechnet rund 180 US-Dollar zahlen.

Zuvor wurde berichtet, dass nur zehn Prozent der Arbeitslosen in Weißrussland die „Schmarotzer-Steuer“ bezahlt hätten.

Dan-news.info: Das staatliche Unternehmen „Nedra“ (Bodenschätze) plant, im Laufe des Jahres die Förderung von Granitschotter an Lagerstätten im Starobeschowo- und im Telmanowo-Bezirk im Süden der DVR zu beginnen. Dies teilte der Pressedienst des Ministeriums für Industrie und Handel der DVR mit.

„Im Jahr 2017 ist der Beginn von Arbeiten zur Gewinnung von Granitschotter an Lagerstätten in den Bezirken Starobeschowo und Telmanowo geplant. Außerdem ist geplant, neue Lagerstätten nützlicher Gesteine wie Kalkstein, Kreide, Dolomit, Kieselerde, Sandstein, Basalt und weiterer zu erschließen“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Nach Angaben des Ministeriums ist die Wiederaufnahme der Förderung und Erschließung neuer Fundstätten die Hauptaufgabe von „Nedra“ im Jahr 2017. Vorrang hat die Gewinnung von Rohstoffen für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Infrastruktur der Republik.

Außerdem wird das staatliche Unternehmen „Nedra“ im Jahr 2017 zwei neue Kiesgruben eröffnen, die ab dem Jahr 2018 bis zu 100.000 Tonnen Kies pro Jahr erbringen können.

Im August 2016 wurde in Tschulkowka im Proletarskij-Bezirk von Donezk die erste Kiesgrube der DVR in Betrieb genommen. Bisher wird Kies nur für den inneren Markt produziert, aber in

der Zukunft ist auch ein Export geplant.

De.sputniknews.com: Mitglieder der ukrainischen Partei Nationalkorps, gegründet auf der Basis des Nationalisten-Bataillons „Asow“, mauern in der ukrainischen Hauptstadt Kiew eine Filiale einer Tochterbank der russischen Sberbank ein.

„Wenn der Staat eine russische Bank nicht schließen kann, dann macht es eben die Öffentlichkeit“, sagte ein Teilnehmer der „Aktion“.

Zuvor hatten in mehreren Städten in der Ukraine Mitglieder des ukrainischen Nationalisten-Bataillons „Asow“ und ihre Sympathisanten die Geldautomaten russischer Tochterbanken beschädigt.

Die Nationalisten fordern den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko auf, die Chefin der Nationalbank der Ukraine, Valeria Gontarewa, zu verhaften und die Niederlassungen russischer Kreditanstalten zu schließen. Außerdem sollten ukrainische Bürger ihre Ersparnisse bei russischen Banken abheben...

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/mTHp6dKK0iU" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/mTHp6dKK0iU>

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse tagsüber

„Die ukrainischen Streitkräfte haben den **Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk** beschossen, ein Geschoss traf ein neunstöckiges Haus auf der Kolchosnaja-Straße 1a. In diesem Moment wurden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Dach des Hauses durchgeführt. Während des Beschusses wurden **zwei Arbeiter verletzt**“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

„Gegen 16 Uhr hat die ukrainische Seite einen Beschuss von **Jakowlewka und Spartak** mit Artillerie des Kalibers 152mm und Panzergeschützen beschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach den Worten des Gesprächspartners der Agentur haben die Kiewer Gruppen neben schweren Waffen auch Mörser der Kaliber 120 und 82mm verwendet. Die Quelle unterstrich, dass insgesamt von den Positionen des Gegners mindestens 50 Geschosse abgeschossen wurden.

De.sputniknews.com: Syrien: Rebellen bekommen 43 Laster mit schweren US-Waffen
Die USA haben laut Sputnik-Informationen aus dem Nordirak Panzer, Geschütze und weitere schwere Waffen nach Syrien geschickt. Der Empfänger der Fracht sind die oppositionellen „Demokratischen Kräfte Syriens“ (DKS), die um die Stadt Rakka kämpfen.

Rund 43 Laster mit schweren Waffen seien im Raum Kobane eingetroffen, teilte ein DKS-Sprecher im Gespräch mit Sputnik Türkiye mit. „Wir werden diese Waffen bei der Befreiung Rakkas gebrauchen. Die Waffen, die uns Amerika früher bereitgestellt hat, reichen nicht aus.“

Nach Angaben des Sprechers befinden sich bereits mehr als 1000 US-Soldaten im Raum Rakka. „Amerika wird demnächst Verstärkung schicken.“

Am Wochenende sind im nordsyrischen Manbidsch laut Sputnik-Informationen rund 200 US-Soldaten und etwa 50 Panzerfahrzeuge eingetroffen, um die Stadt vor möglichen Angriffen der „Freien Syrischen Armee“ zu verteidigen.

De.sputniknews.com: Der Vorsitzende der Radikalen Partei im ukrainischen Parlament, Oleg

Ljaschko, hat Medienberichten zufolge in Kiew eine Klage gegen den Präsidenten des Landes, Petro Poroschenko, den Premier Wladimir Groisman, die Vorsitzende der ukrainischen Nationalbank, Valeria Gontarewa, und den Finanzminister Alexander Daniljuk eingereicht.

„Im Namen der Fraktion der Radikalen Partei habe ich mich an das Bezirksverwaltungsgericht von Kiew gewendet – mit der Forderung, die rechtswidrige Tatenlosigkeit von Präsident Poroschenko, Premier Groisman, Nationalbank-Chefin Gontarewa und Finanzminister Daniljuk anzuerkennen“, zitieren russische Medien Ljaschkos Worte aus einer Parlamentssitzung.

Der Politiker erklärte, dass er die Klage aufgrund der Tatsache eingereicht habe, dass die Behörden des Landes ein Memorandum über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vor seiner Unterzeichnung nicht bekannt gegeben, die Vorsitzenden der Parlamentsfraktionen nicht damit vertraut gemacht und diese generell nicht über die Verhandlungen mit dem IWF informiert hätten. Ljaschko verlangte, „die Forderungen dieses geheimen Memorandums zu enthüllen“, weil dieses auch Forderungen zur Erhöhung des Rentenalters und zur Einführung eines Bodenmarktes enthalten könne.

In der vergangenen Woche hatte IWF-Pressesprecher Gerry Rice mitgeteilt, dass der Schlüsselteil der Verhandlungen zwischen der Ukraine und dem IWF einer Rentenreform gewidmet sei.

Im Februar war berichtet worden, dass im Rahmen der Verhandlungen zwischen dem IWF und der ukrainischen Regierung beschlossen wurde, dass Kiew für die Bewilligung der nächsten Tranche Stellenkürzungen unter staatlichen Angestellten und Beamten, die Monetisierung von Subventionen und die Erhöhung der Gaspreise für Naftogaz auf Importebene vornehmen müsse.

Am 4. März war die Unterzeichnung des Memorandums bekannt geworden, gemäß dem der IWF Kiew eine Milliarde Dollar in der zweiten Märzhälfte bereitstellen könnte. Eine neue Sitzung dazu soll am 20. März stattfinden.

Abends:

Ukrinform: Der Außenminister der Ukraine Pawel Klimkin nannte die Teilnahme der russischen Sängerin Yulia Samoylova Am Eurovision Contest 2017 eine weitere Provokation seitens der RF, weil Samoylova illegal die Grenze überschritten und im Juni 2015 die okkupierte Krim besucht habe. Dies berichtet Liga.det.

„Der SBU überprüft sie (Yulia Samoylova – Anm. d. Red.), es gibt dazu eine Erklärung. Ich denke, dass das Gesetz für alle gelten muss. Russland beschäftigt sich schon seit vielen Jahren mit Provokationen“, sagte Klimkin....

Dan-news.info: „Bis zum Abend des 13. März haben 294.594 Einwohner der DVR den Aufruf an die Staatsoberhäupter der RF, USA und BRD zur Frage der Regelung des Konflikts im Donbass unterschrieben“, teilte der Pressedienst des Volkssowjets mit.

Am 31. Januar hatten die Vorsitzenden der Parlamente der DVR und der LVR einen gemeinsamen Aufruf an den Präsidenten der RF Wladimir Putin, den US-Präsidenten Donald Trump und die Bundeskanzlerin der BRD Angela Merkel veröffentlicht, mit der Bitte, auf die ukrainische Führung einzuwirken und das Genozid im Donbass zu stoppen.

De.sputniknews.com: Der EU-Rat hat am Montag die Sanktionen gegen einzelne Bürger und juristische Personen aus Russland und der Ukraine, die für die „Untergrabung der territorialen Integrität“ der Ukraine verantwortlich gemacht werden, um weitere sechs Monate, bis zum 15. September 2017, verlängert. Dies teilt das Presseamt des Rats auf dessen Webseite mit.

Die verlängerten Strafmaßnahmen sehen Konten- und Vermögenssperrungen sowie Einreiseverbote in die EU für 150 Personen und 37 juristische Personen vor. Darunter sind laut russischen Medienberichten unter anderen Unternehmer, Amtspersonen sowie Vertreter der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk....

Dnr-news.com: Die ukrainische Armee beschießt Donezk, **ein Zivilist** wurde **verletzt**

Die ukrainische Armee führt einen Artilleriebeschuss auf Donezk, es wurde ein ziviler Einwohner verletzt, berichtet man im Verteidigungsministerium der DVR.

„Die ukrainische Armee begann um 17:23 den Beschuss der **Stadt Donezk**, es wird schwere Artillerie verwendet, die von den Minsker `Vereinbarungen verboten ist, in Folge des Beschusses wurde ein Haus in der Artjomowsk-Straße 210 zerstört, ein Mann erlitt eine Verletzung“, sagte der Vertreter des Verteidigungsministeriums der DVR.

Nach Angaben der Behörde befindet sich auch das Dorf **Spartak** unter Beschuss seitens der ukrainischen Streitkräfte. Im Ergebnis der Geschosseinschläge brachen Brände in 6 Häusern aus.

„Wegen des Beschusses kann der Zivilschutz der DVR nicht zum Brandort fahren. Außerdem wird das Territorium in der Nähe der **Donezker Filterstation** (Wasserwerke) beschossen, die Offiziere des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung wurden aus Sicherheitsgründen in den Keller des Donezker Eisenbahnhofes evakuiert“ ergänzte man im Verteidigungsministerium.

De.sputniknews.com: Litauen überprüft örtliche Fernsehsender auf „russische Inhalte“

Die litauische Rundfunk-Kommission hat damit begonnen, die Inhalte örtlicher TV-Sender zu überprüfen, um herauszufinden, ob nicht zu viel „russische Produktion“ im litauischen Fernsehen ausgestrahlt wird.

Laut der Pressesprecherin der Kommission, Birute Kirschene, hat Laurinas Kaschunas, ein Abgeordneter der Partei „Vaterlandsbund — Christdemokraten Litauens“, die Kommission aufgefordert, eine entsprechende Analyse der Sendungen durchzuführen.

Der Politiker habe dabei auf die gestiegene Zahl russischer Inhalte im Fernsehen hingewiesen. Es gehe dabei um „Propaganda der russischen und sowjetischen Lebensweise“ sowie um Nostalgie nach der Sowjetunion, was die demokratische Ordnung des Landes gefährde.

Wie die Sprecherin weiter erläuterte, muss die Kommission nun auf die Bitte des Politikers reagieren. „Wir haben kein Recht, diese Anfrage zu ignorieren, unser Dienst befasst sich mit dieser Frage. Wir prüfen, wie viel russische Inhalte im litauischen Fernsehen ausgestrahlt werden“, so Kirschene.

Zuvor hatte das litauische Parlamentsmitglied Linas Balsis die Aufnahme von Gesprächen zur „Wiedereingliederung“ von Kaliningrad in die EU gefordert.